

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
I.	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange	Frist vom 06.07.2020 – 07.08.2020
1.1	Landratsamt Sigmaringen Koordinierungsstelle beim Fachbereich Baurecht Leopoldstraße 4 72844 Sigmaringen Schreiben vom 06.08.2020	
1.1.1	Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz <input type="checkbox"/> Positiv <input checked="" type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/> Nicht betroffen <input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich Zu o.g. Bebauungsplan nimmt das Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz, wie folgt Stellung: Dem Bebauungsplan wird unter Beachtung folgender Auflagen und Hinweise zugestimmt. Umweltrechtliche Vorgaben können durch Einhaltung der u. g. Auflagen überwunden werden.	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.2	WASSERRECHT	
1.1.2.1	<u>Wasserversorgung</u> Die Trinkwasserversorgung kann durch den Anschluss an das örtliche Versorgungsnetz realisiert werden.	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.2.2	<u>Abwasserbeseitigung</u> <u>Kommunales Abwasser</u> Mit Blick auf eine gesicherte Abwasserbeseitigung bestehen bei einem Anschluss von häuslichem Abwasser an die Ortskanalisation keine Bedenken. Für die Beseitigung von Niederschlagswasser von befestigten und unbefestigten Flächen ist § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (Handhabung von Niederschlagswasser) sowie § 46 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (Abwasserbeseitigungspflicht) zu beachten. Hierbei sind die Verordnung des Ministeriums für Umwelt über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999, die Arbeitshilfen der LUBW „für den Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten“, das Arbeitsblatt der DWA A-138 sowie der Leitfaden zur naturverträglichen Regenwasserbewirtschaftung des Umweltministeriums anzuwenden. Für das geplante zentrale Versickerungsbecken (als Retentionsbecken bezeichnet), wird eine wasserrechtliche Erlaubnis benötigt. Diese ist in dreifacher Ausfertigung beim Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz zu beantragen. Eine frühzeitige Abstimmung wird dringend empfohlen. Hinweis: Es handelt sich bei einem Sickerbecken um eine abwassertechnische Anlage. Das geplante Pflanzgebot 3 (PFG 3) ist außerhalb der eigentlichen Versickerungsfläche (Sohle sowie Böschungen des Beckens) des Sickerbeckens umzusetzen. Eine Bepflanzung der Beckensohle sowie der beckeninneren	Die Abstimmung erfolgt im Rahmen der Erschließungsplanung

KÜNSTER STADTPLANUNG ©

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden. Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecycling material des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten.</p> <p>Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
1.1.5	<p>IMMISSIONSSCHUTZ</p> <p>Das Plangebiet fügt sich gebietsverträglich an die bestehende Wohnbebauung an. Südöstlich des Plangebiets liegt in ca. 300 m Entfernung ein landwirtschaftlicher Betrieb. Das Plangebiet liegt zwar nicht in einer der Hauptwindrichtungen der Landwirtschaft. Eine Geruchsprognose erscheint aufgrund der nicht allzu großen Entfernung dennoch sinnvoll. Evtl. kann der Fachbereich Landwirtschaft dazu eine Einschätzung abgeben.</p> <p>Im schriftlichen Teil des B-Planes in Ziffer 2.10 ist bereits ein Hinweis auf die Lärmproblematik von Wärmepumpen, Mini Blockheizkraftwerke und Klimaanlage enthalten.</p> <p>Die Verlinkung auf den Leitfaden hat sich inzwischen geändert. Der Leitfaden ist nun unter folgendem Link abrufbar: https://www.lai-immissionsschutz.de/Aktuelles.html?newsl 0=93</p> <p>Wir bitten um Berichtigung an dieser Stelle. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen nach derzeitigem Kenntnisstand keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung.</p>	<p>Die Stadt Gammertingen hat sich ausführlich mit dem Belang der landwirtschaftlichen Nutzung und dem Belang der Versorgung mit Wohnraum auseinandergesetzt.</p> <p>Der Fachbereich Landwirtschaft macht in seiner Stellungnahme unter 1.1.7 keine Aussagen zu landwirtschaftlichen Immissionen.</p> <p>Der Entfernung zwischen der Wohnbaufläche des Plangebietes und nächstgelegenen Stallgebäude beträgt 340 m.</p> <p>Wie ausgeführt wird ist die Hauptwindrichtung im Bereich südlich von Feldhausen aus Süden bis Westen. Das Baugebiet liegt nordwestlich der Hofstelle und damit nicht in Hauptwindrichtung.</p> <p>In Hauptwindrichtung befindliche Wohnnutzungen stellen die bestehenden Gebäude Inneringer Straße 17 – 29 dar. Die Entfernung zu diesen Gebäuden beträgt zwischen 45 m – 275 m. Das bedeutet, dass bestehende Wohnnutzung, die sich in der Hauptwindrichtung befinden, deutlich näher an die benannte Hofstelle herangerückt. Daraus leiten sich für den landwirtschaftlichen Betrieb durch den Bebauungsplan keine weiteren Einschränkungen ab.</p> <p>Der Toleranzbereich bei einer Wohnbebauung am Ortsrand im ländlichen Raum ist für das Wohnen gegenüber der Landwirtschaft höher einzustufen als in anderen Bereichen.</p> <p>Daraus leitet die Stadt keine Erforderlichkeit zur Erstellung einer Geruchsprognose ab.</p> <p>Der Link unter Hinweise Punkt 2.10 wird aktualisiert.</p> <p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
1.1.6	<p>NATURSCHUTZ</p> <p>Es handelt sich um ein beschleunigtes Verfahren nach § 13b BauGB. Im beschleunigten Verfahren ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB keine Umweltprüfung durchzuführen und kein Umweltbericht zu erstellen. Zudem ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB die naturschutzrechtliche Eingriffs-I Ausgleichsregelung nicht anzuwenden. Dennoch sind die Belange des Artenschutzes und des Biotopschutzes zu berücksichtigen.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
1.1.6.1	<p>Für einen längerfristigen Schutz des gesetzlich geschützten Biotops sollte ein Pufferstreifen von mindestens 4 m als öffentliche Grünfläche entlang der</p>	<p>Es wird eine 4 m breite Pufferfläche als private Grünfläche entlang der Feldhecke/ Biotop festgesetzt (PFG3). Innerhalb dieser Grünfläche</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	Grundstückflächen angrenzend zur Biotopfläche angelegt werden.	wird zum Schutz der Feldhecke/ Biotop das PFG3 ausgewiesen. BV: wird berücksichtigt
1.1.6.2	Die, in der Umweltanalyse des Büro 365° freiraum + umwelt (Vorentwurf, Stand: 15.05.2020) formulierten, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen (V2 – V4 und M5 – M13) sowie die CEF-Maßnahmen (CEF 1 und CEF2) sind vollständig umzusetzen. Bei der Maßnahme M11 wird auf die Stellungnahme des kommunalen Abwassers verwiesen.	 BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.6.3	In Bezug auf die Minimierungsmaßnahme Reduzierung von Lichtemissionen (M6, S. 15 Umweltanalyse) sind zum Schutz nachaktiver Insekten bspw. LED-Straßenlampen mit einer Farbtemperatur von maximal 3000 Kelvin einzusetzen.	Maßnahme M3 wird entsprechend ergänzt: „Es sind ausschließlich LED-Straßenlampen mit einer Farbtemperatur von 3.000 Kelvin im Verkehrsraum zulässig.“ BV: wird berücksichtigt
1.1.6.4	Für die funktionserhaltende Ausgleichmaßnahme CEF1 „Anlage von Brachstreifen auf Ackerflächen für die Feldlerche“ sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Die Maßnahmenflächen sind als lückig bewachsene, eher niedrigwüchsigen sowie als mehrjährige Blühflächen mit gebietseigenem Saatgut herzustellen. Um Brutverluste aufgrund von Fressfeinden zu reduzieren, ist eine Breite der Blühstreifen von mindestens 10 m zu wählen. Es ist besonders darauf zu achten, dass keine Düngung und chemischer Pflanzenschutz eingesetzt wird. Während der Brutperiode der Feldlerche (Anfang April bis August) darf keine Bodenbearbeitung oder Mahd stattfinden. Falls die Blühstreifen zu dicht (wenn Ende März der Anteil an offenen Bodenstellen unter 30 % liegt) oder zu hochwüchsig (wenn die mittlere Höhe der Vorjahrsvegetation über 0,5m liegt) werden, sollte ein Umbruch sowie eine Neusaat vorgenommen werden. Bezüglich der Abstände der Bestandskartierung für das Monitoring der Feldlerche (CEF1, S. 18 Umweltanalyse) halten wir die vorgeschlagenen Abstände von 1, 3, 5 und 10 Jahren für ausreichend. Der Monitoringbericht ist der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.	Maßnahme CEF1 wird entsprechend ergänzt: „... Während der Brutperiode der Feldlerche (Anfang April bis August) darf keine Bodenbearbeitung oder Mahd stattfinden. Falls die Blühstreifen zu dicht (wenn Ende März der Anteil an offenen Bodenstellen unter 30 % liegt) oder zu hochwüchsig (wenn die mittlere Höhe der Vorjahrsvegetation über 0,5m liegt) werden, sollte ein Umbruch sowie eine Neusaat vorgenommen werden. Ansonsten Neuansaat alle 5 Jahre. ... Sollte während des Monitorings festgestellt werden, dass einer der Brachestreifen nicht als Lebensraum von Feldlerchen angenommen wird, ist ein geeigneter Ersatz vorzunehmen. Ein Ergebnisbericht (Monitoringbericht) wird ausgearbeitet und der Unteren Naturschutzbehörde vorgelegt. Die Brachestreifen werden auf folgenden Flurstücken in einer Breite von 10 m angelegt....“ BV: wird berücksichtigt
1.1.6.5	Um die Tötung von Individuen bzw. Gelegen zu vermeiden, hat die Baufeldfreimachung außerhalb der Vogelbrutzeit, d. h. im Zeitraum von 01. Oktober bis 28. Februar zu erfolgen. Die Lage der geplanten Brachstreifen der Flurstücke 497 und 602 Gemarkung Feldhausen sind als CEF-Maßnahmenflächen für die Feldlerche ungeeignet. Das Flurstück 497 liegt entlang eines Feldwegs. Zum Schutz der Feldlerchen vor Prädatoren, wie der Fuchs, sind streifenförmigen Maßnahmen nicht entlang von (Feld-) Wegen anzulegen. An das Flurstück 602 grenzt eine Waldfläche an, diese stellt eine sehr hohe Kulisseneinwirkung für Feldlerche dar, weshalb auch diese Fläche als ungeeignet erachtet wird. Wir bitten anstatt diesen genannten Flächen, neue Flächen in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.	Als neue Maßnahme wird M4 „Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit der Feldlerche“ festgesetzt: „Um die Tötung von Individuen bzw. Gelegen zu vermeiden, hat die Baufeldfreimachung außerhalb der Vogelbrutzeit, d. h. im Zeitraum von 01. Oktober bis 28. Februar zu erfolgen. Kann dies nicht gewährleistet werden, sind Luzerne oder Klee-/Weidelgrasmischung auf dem Acker im zeitigen Vorjahr im Jahr vor der beginnenden Erschließung anzusäen. Die dichte Vegetation ist für Feldlerchen unattraktiv. Mit Brutten ist dann nicht zu rechnen.“ In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde LK Sigmaringen können die im Vorentwurf vorgesehenen und festgesetzten Flurstücke für die Anlage der Brachestreifen beibehalten werden. Der Weg westlich angrenzend Flurstück 497 ist ein wenig genutzter Grasweg,

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
		<p>keine Frequentierung durch Spaziergänger/ Gassigeher, folglich keine erhöhte Störungsfrequenz. Prädatoren wie Fuchs und Hermelin streifen unabhängig von angrenzenden Wegen ggf. durch die Brachestreifen. Der Brachestreifen auf Flurstück 602 liegt nur zu rd. 1/3 innerhalb der Kulissenwirkung des Waldes. Aber auch dieser Bereich wird zur Nahrungssuche der Feldlerchen genutzt. Eine Funktion des gesamten Streifens als Habitat für die Feldlerche ist somit gegeben.</p> <p>Die Breite wird im Entwurf gegenüber dem Vorentwurf von 8 m auf 10 m erhöht. Die Festsetzung CEF 1 wird entsprechend geändert. Es wird zudem ergänzt: „Sollte während des Monitorings festgestellt werden, dass einer der Brachestreifen nicht als Lebensraum von Feldlerchen angenommen wird, ist ein geeigneter Ersatz vorzunehmen.“</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p>
1.1.6.6	Wir weisen darauf hin, dass planexterne Kompensationsmaßnahme durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen den Grundstückseigentümern sowie dem Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz, zu regeln und zu sichern sind.	<p>Der Vertrag wird vor dem Satzungsbeschluss geschlossen. In der Umweltanalyse wird auf Seite 21 darauf hingewiesen.</p> <p>BV: wird berücksichtigt</p>
1.1.6.7	Da das Pflanzgebot PFG1 (M9, S.16 Umweltanalyse) auch eine Funktion im Naturhaushalt erfüllen und einen Lebensraum für Tiere darstellen soll, sind die nicht gebietsheimischen und nicht standortgerechten Baumarten Acer rubrum, Amelanchier lamarckii, Cercis siliquastrum und Magnolia von der Pflanzliste 4 zu nehmen.	<p>Cercis siliquastrum (Judasbaum) ist aus der Pflanzliste entfernt worden. Die anderen drei genannten Arten verbleiben in der Liste, da den Anwohnern eine höhere Auswahl an Pflanzenarten ermöglicht werden soll. Heimische Bäume sind bis auf die bereits in der Pflanzliste enthaltenen Arten großkroniger und deshalb für Hausgärten in Wohngebieten nicht geeignet. Gemäß § 40 BNatSchG ist die Pflanzung von nicht heimischen Arten innerhalb eines Siedlungsgebiets zulässig.</p> <p>BV: wird teilweise berücksichtigt</p>
1.1.6.8	Wir möchten darauf hinweisen, dass gemäß § 21a LNatSchG Schotterungen zur Gestaltung von privaten Grünflächen nicht zulässig sind. Weiterhin ist darauf hinzuwirken, dass Gartenanlagen insektenfreundlich gestaltet werden und Gartenflächen vorwiegend begrünt werden. Es wird außerdem darum gebeten, in den Bebauungsplan möglichst aufzunehmen, dass Gehölzpflanzungen zu über 90% nur mit einheimischen Bäumen und Sträuchern erfolgen dürfen.	<p>In den örtlichen Bauvorschriften ist unter Punkt 8 Gestaltung der unbebauten Flächen der Baugrundstücke, das Anlegen von offenen Bodenflächen zur Gartengestaltung mit Schotter- oder Steinschüttungen oder sonstigen Materialschüttungen (z.B. insbesondere: Kies, Glassteine, Findlinge, etc.) bereits untersagt. Eine Festsetzung, dass Gehölzpflanzungen zu über 90% nur mit einheimischen Bäumen und Sträuchern erfolgen dürfen wird nicht aufgenommen. Gemäß §40 BNatSchG ist die Pflanzung von nicht heimischen Arten innerhalb eines Siedlungsgebiets zulässig. Es soll den Anwohnern die Flexibilität und Gestaltungsfreiheit gegeben werden, z.B. auch Rosen, Hortensien oder ähnliches anzupflanzen. Die Neupflanzung von Hecken aus fremdländischen Nadelgehölzen, insbesondere Thuja, ist nicht zulässig (siehe örtliche Bauvorschriften; 7. Einfriedungen).</p> <p>BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfes</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
1.1.6.9	<p>Hinweise:</p> <p>Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbeurkundung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen. Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren nach §§ 13a und 13b BauGB, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.7	<p>Fachbereich Landwirtschaft</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p><input type="checkbox"/> Negativ</p> <p><input type="checkbox"/> Nicht betroffen</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p> <p>Da es sich bei der überplante Fläche um Grenzflächen (www.flurbilanz.de) mit eher schlechten Böden für die landwirtschaftliche Nutzung handelt und weil das geplante Wohngebiet sinnvoll an die bestehende Bebauung anschließt, erhebt der FB Landwirtschaft keine Einwände.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.7.1	<p>Wir bitten allerdings um Beachtung folgender Hinweise:</p> <p>Der Bebauungsplan sieht keinen Pufferstreifen bzw. Schutzstreifen zwischen der angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Fläche im Süden des Plangebietes und den Baugrundstücken vor. Innerhalb der Grenze des Plangebietes sollte daher unbedingt auch - wie für den westlichen Teil geplant - ein mind. 2 m breiter Feldweg, eine mind. 2 m breite Grünfläche (unzugänglich) oder eine 2 m breite Bepflanzung</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>angelegt werden, um Nutzungskonflikte im Zusammenhang mit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu vermeiden.</p> <p>Nach der „Bekanntmachung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL 16/02/02, 27.04.2016) über die Mindestabstände bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zum Schutz von Umstehenden und Anwohnern“ ist zu beachten, dass bei Pflanzenschutzmaßnahmen in Flächenkulturen (z.B. Acker- und Grünland) zwischen landwirtschaftlichen Grundstücken und Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind (§ 17 PflSchG), Wohngebieten und privat genutzten Gärten ein Mindestabstand von 2 Metern einzuhalten ist. Dieser Schutzstreifen darf nicht mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden. Bei einem fehlenden Schutzstreifen kommt es zu erheblichen Bewirtschaftungseinschränkungen für die angrenzenden Landwirte, die zu vermeiden sind.</p>	<p>Der Plangeber wird im Rahmen des schonenden Umgangs mit Flächen dem Anwender von Pflanzenschutzmitteln die Verantwortung belassen, so wie es der § 17 PflSchG vorsieht. (Es handelt sich ohnehin um Flächen der Grenzflur, laut Regierungspräsidium Tübingen eher um Landbau problematische Flächen).</p> <p>BV: Führt zu keiner Änderung des Entwurfs</p>
1.1.8	<p>Fachbereich Forst</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p><input type="checkbox"/> Negativ</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Nicht betroffen</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p> <p>Forstliche Belange werden nicht berührt.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.1.9	<p>Fachbereich Straßenbau</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p><input type="checkbox"/> Negativ</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Nicht betroffen</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p> <p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Kreisstraßen. Die straßenrechtlichen und straßenbaulichen Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.1.10	<p>Fachbereich Recht und Ordnung</p> <p>Kreispolizeibehörde</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p><input type="checkbox"/> Negativ</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Nicht betroffen</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.1.11	<p>Straßenverkehrsbehörde</p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p><input type="checkbox"/> Negativ</p> <p><input type="checkbox"/> Nicht betroffen</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p> <p>Gehwege sollten gemäß den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraße (RASt06), Ziffer 4.7, Abbildung</p>	<p>Da die Stadt Längsparken entlang der Straße zulassen möchte und um einen reibungslosen</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>20 mit einer Breite von mindestens 1,80 m angelegt werden. Entsprechend dem Vorentwurf sind diese aber nur 1,50 m breit. Die Gehwege sind daher unseres Erachtens mit einer Breite von mindestens 1,80 m herzustellen. In der Planzeichnung (Teil A) werden diese desweitem als Fuß- und Radweg festgesetzt. Ein gemeinsamer Fuß- und Radweg ist gemäß VwV-StVO zu § 2 innerorts in einer lichten Breite von mindestens 2,50 m herzustellen. Demnach können die Flächen nicht als Fuß- und Radweg festgesetzt werden, sondern nur als Fußweg (Gehweg). Die Festsetzungen zum Bebauungsplan sind unseres Erachtens entsprechend zu ändern. Auch die Lage der geplanten Gehwege ist nicht optimal. Die aktuelle Planung würde dazu führen, dass Fußgänger vermehrt in den Kreuzungsbereichen die Straße queren um auf den weiterführenden Gehweg zu gelangen. Gerade im Kreuzungsbereich bei Parzelle 24 könnte dies durch Besucher des Spielplatzes Probleme verursachen. Die Gehwege sollten unseres Erachtens durchgängig beidseitig ausgebaut werden. Hierdurch würde auch für spielende Kinder um den Spielplatz ein Schutzraum zur Straße geschaffen.</p>	<p>Verkehrsfluss (beispielsweise Schneeablage im Winter etc.) garantieren zu können, ist es erforderlich, die Fahrbahnbreite von insgesamt 5,50 m beizubehalten. Der Plangeber hält die Gehwegbreite von 1,50 für ausreichend in den randlichen Wohngebieten mit geringem Fußgänger-aufkommen und Begegnungsverkehr von Kinderwagen.</p> <p>Die Legende wird redaktionell geändert.</p> <p>Die Lage des Gehweges wurde gegenüber dem Vorentwurf im Entwurf überarbeitet.</p> <p>Im Bereich des Spielplatzes, besteht im Rahmen der Ausgestaltung durch Einzäunung und durch großzügige Vorbereiche die Möglichkeit spielende Kinder vor dem Straßenverkehr zu schützen. Von einer separaten Ausweisung eines Gehweges wird abgesehen.</p> <p>BV: Wird teilweise berücksichtigt</p>
1.1.11.1	<p>Bei der Parzelle 7 ist der Straßenbereich sehr breit. Der Bereich ist für Verkehrsteilnehmer unübersichtlich und könnte neben vorfahrtsrechtlichen Unstimmigkeiten, verkehrliche Probleme durch parkende Fahrzeuge oder Wendemanöver verursachen. Es wird empfohlen die Planung zu überdenken und den Bereich an die Fahrbahnbreite des Straßennetzes anzugleichen.</p>	<p>Diese Breite (R=10) wurde bewusst so gewählt um Wendemöglichkeiten auch für Versorgungsfahrzeuge wie Müllfahrzeug oder Schneepflug an dieser Stelle vorzuhalten.</p> <p>BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfs</p>
1.1.11.2	<p>Bei Parzelle 10, 13 und 31 enden die Fahrbahnen abrupt und ohne Wendemöglichkeit auf der öffentlichen Verkehrsfläche. Es wird empfohlen in diesen Bereichen Wendeflächen vorzusehen, insbesondere um gefährliche Rückwärtsfahrten größerer Fahrzeuge (z. B. Müllfahrzeuge) zu vermeiden.</p>	<p>Das Baugebiet ist langfristig darauf ausgelegt, den nach Westen und Süden verlaufenden Stich als Ringschluss wieder zusammen zu führen. Sackgassen entstehenden dadurch nur temporär. Für die Eigentümer der Grundstücke 10, 13 und 31 ist es bis dahin zumutbar, ihre Mülltonnen zum Kreuzungsbereich vorzuschieben, damit ein Rückwärtsfahren der Müllabfuhr vermieden wird.</p> <p>BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfs</p>
1.1.11.3	<p>Im Vorentwurf sind derzeit keine Sichtfelder festgeschrieben. Gemäß Ziffer 6.3.9.3, Tabelle 59 RAST06 sind an öffentlichen Straßeneinmündungen die erforderlichen Sichtbeziehungen durch das Freihalten von sogenannten Sichtdreiecken zu gewährleisten. Diese Sichtdreiecke sind dauerhaft von jeglichen Sichtbehinderungen (z. B. Einfriedungen, Parkplätze, Bepflanzungen) zwischen 0,80 m und 2,50 m freizuhalten. Die Größe des Sichtdreiecks orientiert sich dabei an der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, bei 50 km/h liegen die Schenkellängen beispielsweise bei 3 m/ 70 m. Es ist unseres Erachtens erforderlich, dass in den Bereichen von Kreuzungen und Einmündungen die Sichtfelder sowohl im zeichnerischen als auch im schriftlichen Teil festgeschrieben werden. Insbesondere im Kreuzungsbereich Hettinger Weg, durch den das Wohngebiet zukünftig allein erschlossen wird und dieser daher groß und übersichtlich gestaltet werden sollte, ist dies unverzichtbar, da</p>	<p>Das Sichtfeld im Kreuzungsbereich Hettinger Weg (50 km/h) /Straße A (30 km/h) wird sowohl in den Schriftlichen Teil als auch in die Planzeichnung aufgenommen. Der Hettinger Weg stellt eine vorfahrtsberechtigte Straße dar. Innerhalb des Baugebietes selber wird von der Ausweisung von Sichtfeldern Abstand genommen. Dadurch das innerhalb des Baugebietes zukünftig die Regelung Rechts vor Links gilt (30-Zone vorgesehen), ist ohnehin ein „hineintasten“ in den Kreuzungsbereich erforderlich so dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist.</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	spätere Korrekturen bzw. Maßnahmen erfahrungsgemäß, zum Nachteil der Verkehrssicherheit, nicht mehr umsetzbar sind.	BV: wird teilweise berücksichtigt
1.1.11.4	Dementsprechend empfehlen wir auch die Sichtfelder für die Grundstücksausfahrten im Bebauungsplan verbindlich festzuschreiben. Auch bei den Grundstücksausfahrten sollten Einfriedungen und Bepflanzungen entlang der Fahrbahn im Sichtdreieck eine Höhe von max. 0,80 m nicht überschreiten (vgl. vorherige Ausführungen). Optimal wäre eine maximale Höhe von 0,60 m, damit auch aus Fahrzeugen mit geringer Sitzhöhe frühzeitig beim Verlassen des Grundstückes andere Verkehrsteilnehmer, wie beispielsweise Kinder, erkannt werden können. Die Ausführungen im Textteil II, Ziffer 7 zu Einfriedungen und Grenzbepflanzungen sollten hierzu geändert werden.	Die Örtlichen Bauvorschriften werden entsprechend unter Ziffer 7 Einfriedungen ergänzt. <i>(...) In den Bereichen der Garagenzufahrten ist in beide Richtungen jeweils ein Sichtdreieck 3/30 zu gewährleisten. Diese sind jeweils ab einer Höhe von 80 cm dauerhaft von festen Sichthindernissen freizuhalten.</i> BV: Wird berücksichtigt
1.1.11.5	Im Textteil wird für Garagentore ein Mindestabstand von der Außenkante der öffentlichen Verkehrsflächen von mindestens 5,00 m vorgeschrieben (vgl. Teil I, Ziff. 1.5). Soll der Zufahrtsbereich direkt zum Straßenkörper ausgerichtet werden, sollte aber auch bei überdachten Stellplätzen und Carports ein Abstand von $\geq 5,00$ m vorgegeben werden, sodass bei der Ausfahrt auf die Fahrbahn genügend Sicht vorhanden ist. Der Bereich vor der Garage oder dem Carport könnten dann auch in die Stellplatzberechnung mit einbezogen werden. Der im Textteil II Ziffer 1.5 festgelegte Mindestabstand von 1,00 m ist unseres Erachtens aber nicht ausreichend und sollte zumindest 3,00 m nicht unterschreiten.	Carports sind ohne seitliche Wände definiert. Der Abstand von 1,00 m hat sich in der Praxis bei zahlreichen Bebauungsplänen bewährt. BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfes
1.1.11.6	Der Vorentwurf enthält auch keine Ausführungen zur Anzahl der Kfz-Stellflächen, die je Wohneinheit nachzuweisen sind. Gerade im ländlich strukturierte Raum mit einem eingeschränkten ÖPNV-Angebot, dem gesteigerten individuellen Mobilitätsbedürfnis und einem geänderten Freizeitverhalten mit vermehrter Nutzung von Kraftfahrzeugen wird deutlich, dass sich der Bedarf zunehmend an der Notwendigkeit von zwei Stellflächen pro Wohneinheit orientiert. Dies reduziert den Parkdruck auf den öffentlichen Verkehrsflächen und ein unerwünschtes, in der Regel behinderndes Parken auf dem Straßenkörper kann weitestgehend vermieden werden. Es wird daher empfohlen im Bebauungsplan verbindlich zwei Stellplatz pro Wohneinheit festzuschreiben.	In den örtlichen Bauvorschriften wird folgende Ergänzung unter Punkt 12 vorgenommen: <i>„Stellplatzverpflichtung (§ 74 (2) 2 LBO) Abweichend von der Landesbauordnung Baden-Württemberg sind je Wohnung 1,5 Stellplätze herzustellen, jedoch mindestens zwei Stellplätze pro Baugrundstück. Dabei kann der Stauraum (5,00 m) vor Garagen angerechnet werden. Berechnungsbeispiel 1 WE = 2 Stellplätze ($1 \times 1,5 = 1,5$, gerundet 2) 2 WE = 3 Stellplätze ($2 \times 1,5 = 3$) 3 WE = 5 Stellplätze ($3 \times 1,5 = 4,5$, gerundet 5)“</i> Die Straßenbreiten sind so gewählt, dass ein Längsparken möglich ist. Das Längsparken führt insgesamt zu einer Verkehrsberuhigung innerhalb des Baugebietes. BV: wird berücksichtigt
1.1.11.7	Werden für den neu geschaffenen Verkehrsraum Verkehrszeichen benötigt oder müssen ggf. Altbestände versetzt oder entfernt werden, bitten wir die hierfür erforderlichen verkehrsrechtlichen Anordnungen rechtzeitig vor Freigabe des öffentlichen Straßenbereichs bei der unteren Verkehrsbehörde zu beantragen.	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.12	Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung <input type="checkbox"/> Positiv	


	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen <input type="checkbox"/> Negativ <input checked="" type="checkbox"/> Nicht betroffen <input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich Die Belange der unteren Vermessungsbehörde sind nicht betroffen.	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.1.13	Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig. Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.	Das Landratsamt Sigmaringen wird im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB erneut gehört. In diesem Zuge wird dem Landratsamt auch die Abwägungstabelle zugesandt. BV: wird berücksichtigt
1.2	Regierungspräsidium Tübingen Referat 21, Bauleitplanung Konrad-Adenauer-Str. 20 72072 Tübingen <u>Schreiben vom 30.07.2020</u>	
1.2.1	I. Raumordnung Die Stadt Gammertingen beabsichtigt, am südwestlichen Siedlungsrand des Ortsteils Feldhausen ein ca. 3,73 ha großes, im rechtswirksamen Flächennutzungsplan zum Teil als Wohnbaufläche sowie als Fläche für die Landwirtschaft und Fläche für Maßnahmen zum Schutz, Pflege und Entwicklung der Landschaft dargestelltes Gebiet im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB zu überplanen, um ein allgemeines Wohngebiet auszuweisen. Auf die Flächenbegrenzung in § 13b BauGB wird hingewiesen. Ferner weisen wir darauf hin, dass der Grundsatz des Flächensparens (§ 1a Abs. 2 BauGB) weiterhin Gültigkeit hat und das zeitlich befristet eingeführte Instrument der beschleunigten Planung nach § 13b BauGB nach dem Willen des Gesetzgebers zur Schaffung dringend benötigten Wohnraumes, nicht jedoch zur „vorsorglichen“ Ausweisung neuer, nicht oder nur teilweise aus dem FNP entwickelter Wohnbaugebiete ohne Anwendung der im Regelverfahren zu beachtenden naturschutzfachlichen Eingriffs- und Ausgleichsregelungen dienen soll. Mit Blick auf die Ausführungen in der Begründung zum Bebauungsplan bestehen Zweifel, ob in Gammertingen tatsächlich ein Bedarf für die Schaffung dringend benötigten Wohnraums gegeben ist, der zum jetzigen Zeitpunkt die Ausweisung eines neuen Baugebietes im vorgesehenen Umfang erfordert. Das Landratsamt wird um sorgfältige Prüfung gebeten, ob vorliegend die Voraussetzungen für eine Planung im Verfahren nach § 13b BauGB gegeben sind.	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.2.2	II. Landwirtschaft Von der Planung sind landwirtschaftliche Belange betroffen, da durch die Planung knapp 4 ha	

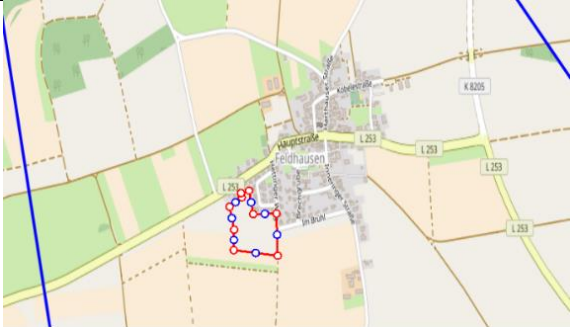
	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>landwirtschaftliche Fläche dauerhaft umgewidmet werden und damit nicht mehr der produktiven Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Aufgrund der artenschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen werden weitere landwirtschaftliche Flächen in ihrer Nutzung für die produktive Landwirtschaft eingeschränkt (Buntbrachestreifen).</p> <p>Aus regional übergeordneter landwirtschaftlich fachlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegenüber der Planung, da der Bebauungsplan zumindest teilweise aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wird, und es sich sowohl bei den Flächen des Baugebietes als auch denen der geplanten Ausgleichsmaßnahmen um Flächen der Grenzflur, somit um eher landbau-problematische Flächen, handelt und damit von einer ausreichenden Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange ausgegangen werden kann.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.2.3	<p>III. Straßenwesen</p> <p>Das Regierungspräsidium - Abteilung Straßenwesen und Verkehr - erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen zum vorgelegten Bebauungsplan.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich abseits der L 253. Die verkehrliche Erschließung darf ausschließlich über den „Hettinger Weg“ zur L 253 erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass über das Flurstück 192 kein Verkehr aus dem Plangebiet der L 253 zugeführt wird.</p> <p>Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass eine weitere verkehrliche Erschließung von der freien Strecke der L 253 nicht zugelassen werden kann. Für die etwaige künftige Erweiterung der Bauflächen ist deshalb von vornherein eine entsprechende Erschließung über Gemeindestraßen vorzusehen, z. B. durch Festlegung entsprechender Fahrbahnbreiten innerörtlicher Straßen und Ausweisung von Flächen für ihre spätere mögliche Verlängerung innerhalb dieses Bebauungsplanes.</p> <p>Weitere Bedenken und Anregungen behält sich die Straßenbauverwaltung vor.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.2.4	<p>IV. Gewässer und Boden</p> <p>Das Referat 52 nimmt zu dem Vorhaben wie folgt Stellung.</p> <p><u>Grundwasserschutz</u></p> <p>Das Plangebiet liegt in Zone III des Wasserschutzgebiets Zwiebelwiese. Auf die Einhaltung der Wasserschutzgebietsverordnung wird im schriftlichen Teil hingewiesen. Grundsätzliche Konflikte sind nicht erkennbar. Aus Sicht des übergeordneten Grundwasserschutzes bestehen daher keine Einwendungen. Die Prüfung im Detail obliegt der unteren Wasserbehörde.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.2.5	<p>V. Naturschutz</p> <p>Nach Durchsicht der Unterlagen gehen wir für unseren Zuständigkeitsbereich davon aus, dass einem etwaigen Vollzug des Bebauungsplanes keine unüberwindbaren artenschutzrechtlichen Hindernisse entgegenstehen.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.3	<p>Regierungspräsidium Freiburg Abteilung 9, Landesamt für Geologie Rohstoffe und Bergbau</p>	

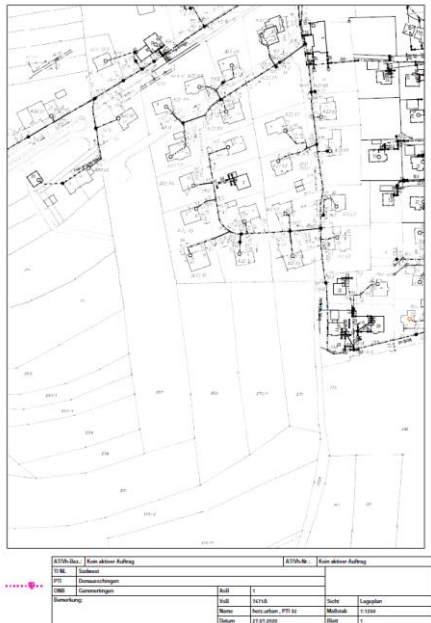

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
1.3.1	<p>Albertstraße 5 79104 Freiburg</p> <p><u>Schreiben vom 21.07.2020</u></p> <p>Geotechnik Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine wasserwirtschaftliche Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, empfiehlt das LGRB andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan: Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen der Liegende-Bankkalke-Formation. Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	<p>Folgender Hinweis wird in den Bebauungsplan unter Punkt 2.12 aufgenommen: <i>„Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen der Liegende-Bankkalke-Formation. Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.“</i></p> <p>BV: wird berücksichtigt</p>
1.3.2	<p>Boden Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
1.3.3	<p>Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
1.3.4	<p>Grundwasser Auf die Lage des Planungsgebietes innerhalb der Schutzzonen III des rechtskräftig abgegrenzten Wasserschutzgebiets „Zwiebelwiese“ (WSG Nr. 437094) wird hingewiesen. Weitere Hinweise, Anregungen oder Bedenken sind aus hydrogeologischer Sicht nicht vorzubringen.</p>	<p>Der Hinweis zum Wasserschutzgebiet ist bereits unter Punkt 2.7 enthalten.</p> <p>BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfes</p>
1.3.5	<p>Bergbau Bergbehördliche Belange sind nicht berührt.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
1.3.6	Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.4	Polizeipräsidium Ravensburg Gartenstraße 97 88212 Ravensburg <u>Schreiben vom 03.08.2020</u> zu dem von Ihnen vorgelegten Bebauungsplan halte wir folgende Änderungen/Ergänzungen für erforderlich:	
1.4.1	Um bei der Ausfahrt ausreichend Sicht auf die Fahrbahn zu haben, müssen überdachte Stellplätze (Carports) mindestens 3 m vom Fahrbahnrand entfernt sein, wenn sie mit zumindest einer Seitenwand ausgestattet sind (Ziffer 1.5 des Schriftlichen Teils).	Carports sind ohne seitliche Wände definiert. Der Abstand von 1,00 m hat sich in der Praxis bei zahlreichen Bebauungsplänen bewährt. BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfes
1.4.2	Aus dem gleichen Grund dürfen Einfriedungen und Grenzbepflanzungen im Sichtdreieck von Zufahrten eine Höhe von 80 cm nicht überschreiten (Ziffer 7 des Schriftlichen Teils).	Die Örtlichen Bauvorschriften werden entsprechend unter Ziffer 7 Einfriedungen ergänzt. (...) <i>In den Bereichen der Garagenzufahrten ist in beide Richtungen jeweils ein Sichtdreieck 3/30 zu gewährleisten. Diese sind jeweils ab einer Höhe von 80 cm dauerhaft von festen Sichthindernissen freizuhalten.</i> BV: Wird berücksichtigt
1.4.3	Der Entwurf enthält keine Ausführungen zur Anzahl der nachzuweisenden Kfz-Stellplätze. Hierzu sollten im Schriftlichen Teil zwei Stellplätze pro Wohneinheit vorgeschrieben werden, um bei dem eingeschränkten ÖPNV-Angebot im ländlich strukturierten Raum den Parkdruck auf die öffentlichen Verkehrsflächen von vornherein zu minimieren. Dabei kann die mindestens 5 m lange Fläche vor einer Garage als solcher zweiter Stellplatz angerechnet werden.	In den örtlichen Bauvorschriften wird folgende Ergänzung unter Punkt 12 vorgenommen: <i>„Stellplatzverpflichtung (§ 74 (2) 2 LBO) Abweichend von der Landesbauordnung Baden-Württemberg sind je Wohnung 1,5 Stellplätze herzustellen, jedoch mindestens zwei Stellplätze pro Baugrundstück. Dabei kann der Stauraum (5,00 m) vor Garagen angerechnet werden. Berechnungsbeispiel 1 WE = 2 Stellplätze (1 x 1,5 = 1,5, gerundet 2) 2 WE = 3 Stellplätze (2 x 1,5 = 3) 3 WE = 5 Stellplätze (3 x 1,5 = 4,5, gerundet 5)“</i> Die Straßenbreiten sind so gewählt, dass ein Längsparken möglich ist. Das Längsparken führt insgesamt zu einer Verkehrsberuhigung innerhalb des Baugebietes. BV: wird berücksichtigt
1.4.4	Weder im Schriftlichen Teil noch in der Planzeichnung sind an den Einmündungen der Planstraßen Sichtfelder vermerkt. Diese sind für eine sichere Abwicklung des Straßenverkehrs erforderlich, weshalb in der Planzeichnung jeweils Sichtdreiecke 3/30 (unterstellt wird eine spätere Tempo 30-Zone) einzuzeichnen sind.	Das Sichtfeld im Kreuzungsbereich Hettinger Weg (50 km/h) / Straße A (30 km/h) wird sowohl in den Schriftlichen Teil als auch in die Planzeichnung aufgenommen. Der Hettinger Weg stellt eine vorfahrtsberechtigten Straße dar. Innerhalb des Baugebietes selber wird von der Ausweisung von Sichtfeldern Abstand genommen. Dadurch das innerhalb des Baugebietes zukünftig die Regelung Rechts vor Links gilt, ist ohnehin ein „hineintasten“ in den Kreuzungsbereich erforderlich so dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist. BV: wird teilweise berücksichtigt
1.4.5	Zumindest an der nördlichen Sackgasse ist eine Wendeanlage u. a. für Müllfahrzeuge nach Bild 56	Das Baugebiet ist langfristig darauf ausgelegt, den nach Westen und Süden verlaufenden Stich

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	oder 57 der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06), Ziffer 6.1.2.2, einzuplanen. Dafür kann und sollte die vorgesehene Aufweitung der Einmündung im Bereich der Grundstücke 7 und 8 bzw. gegenüber 11 und 15 zurückgenommen und den anderen Einmündungen angeglichen werden. Es entstünde ansonsten eine unstrukturierte große Asphaltfläche, die zum (Falsch-)Parken, Kurvenschneiden, achtlosen Wenden und auch zum dort nicht gewünschten Kinderspiel einlädt.	als Ringschluss wieder zusammen zu führen. Sackgassen entstehenden dadurch nur temporär. Für die Eigentümer der Grundstücke 10, 13 und 31 ist es bis dahin zumutbar, ihre Mülltonnen zum Kreuzungsbereich vorzuschieben, damit ein Rückwärtsfahren der Müllabfuhr vermieden wird. BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfes
1.4.6	Der einseitige Gehweg sollte angesichts der heutigen Nutzungsanforderungen (Rollator, Sport- und Spielgeräte, Rollstühle usw.) eine Breite von mindestens 1,80 m aufweisen. Siehe auch Ziffer 6.1.6.1 der RAST 06. Die fehlenden 30 cm können zu Lasten der Fahrbahn gehen, die dann mit einer Breite von 5,20 m immer noch im oberen Bereich des in der RAST, Tabelle 7 aus Ziffer 6.1.1.2, genannten Spielraums (4,50 bis 5,50 m) läge.	Da die Stadt Längsparken entlang der Straße zulassen möchte und um einen reibungslosen Verkehrsfluss (beispielsweise Schneeablage im Winter etc.) garantieren zu können, ist es erforderlich, die Fahrbahnbreite von insgesamt 5,50 m beizubehalten. Der Plangeber hält die Gehwegbreite von 1,50 für ausreichend in den randlichen Wohngebieten mit geringem Fußgänger-aufkommen und Begegnungsverkehr von Kinderwagen. BV: führt zu keiner Änderung des Entwurfes
1.4.7	In der Legende der Planzeichnung ist der Gehweg auch als solcher auszuweisen und nicht als „Fuß- und Radweg“, den er auf Grund mangelnder Breite ohnehin nicht sein kann. Die in der nordwestlichen bzw. südlichen Stichstraße neben dem Verkehrsgrün derzeit ebenfalls dunkelgelb markierten Bereiche wären andersfarbig als „Sonstige Verkehrsflächen“ darzustellen. Auch ist der hellgelb eingefärbte Bereich an Stelle von „Straßenverkehrsflächen“ richtigerweise als „Fahrbahn“ zu bezeichnen.	Die Legende wird redaktionell geändert. BV: Wird teilweise berücksichtigt
1.4.8	Im Einmündungsbereich Im Brühl/Hettinger Weg, der zukünftig zur Kreuzung wird, ist eine Bauminzel vorhanden. Deshalb kann der neue, westliche Ast nicht „normal“ (richtliniengemäß) angebunden werden, weil ansonsten Probleme beim Einbiegen/Kreuzen entstünden. Deshalb sollte für diesen Bereich eine separate verkehrliche Planung vorgelegt werden, damit die Verkehrssicherheit an diesem Punkt geprüft werden kann.	Die bestehende Bauminzel wird im Zuge der Erschließungsplanung zur besseren Übersichtlichkeit entfernt werden. Die Verkehrsinsel befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes. BV. Führt zu keiner Änderung
1.5	Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart Berliner Straße 12 73728 Esslingen am Neckar <u>Kein Rücklauf</u>	
1.6	Landesnatschutzverband LNV-Arbeitskreis Sigmaringen Breite 15 72488 Sigmaringen <u>Kein Rücklauf</u>	
1.7	Gammertinger Energie- und Wasserversorgung GEW GmbH Hohenzollernstraße 5 72501 Gammertingen <u>Kein Rücklauf</u>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
1.8	<p>Unitymedia Postfach 10 20 28 34020 Kassel</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	
1.9	<p>EnBW Regional AG Regionalzentrum Neckar-Franken Meisterhausstraße 11 74613 Öhringen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	
1.10	<p>Netze BW GmbH Postfach 12 58 88396 Biberach</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	
1.11	<p>Deutsche Telekom Technik-GmbH Adolph-Kolping-Straße 2-4 78166 Donaueschingen oder spezielle Planungsvorgaben.</p> <p><u>Schreiben vom 23.06.2020</u></p> <p>Im Bereich des markierten Projektgebietes verläuft keine von unseren Richtfunkstrecken. Die benachbarten Richtfunktrassen haben genügend Abstand zum Planungssektor. Daher bestehen von unserer Seite keine Einsprüche gegenüber den Planungen. Die Telekom hat auch bei der Fa. Ericsson Services GmbH weitere Verbindungen angemietet. Die Daten dieser Strecken stehen uns leider nicht zur Verfügung. Wir weisen darauf hin, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Telekom – Netzes gilt. Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Firma Ericsson Services GmbH, in Ihre Anfrage ein. Bitte richten Sie diese Anfrage an: Ericsson Services GmbH Prinzenallee 21 40549 Düsseldorf oder per Mail an bauleitplanung@ericsson.com</p> 	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
		<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
<p>1.12</p>	<p>Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Karlstraße 84 72766 Reutlingen</p> <p><u>Schreiben vom 27.07.2020</u></p> <p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände. Im Planbereich befinden sich noch keine Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Zur Versorgung des Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im Plangebiet und eventuell außerhalb des Plangebietes erforderlich. Die Telekom prüft nach Ankündigung der Erschließung den Ausbau dieses Neubaugebietes und orientiert sich beim Ausbau an den technischen Entwicklungen und Erfordernissen. Insgesamt werden Investitionen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant. Der Ausbau der Deutschen Telekom erfolgt nur dann, wenn dies aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheint oder nach Universaldienstleistungsverpflichtung zwingend ist. Dies bedeutet aber auch, dass wir, wo bereits eine Infrastruktur eines alternativen Anbieters besteht oder geplant ist, nicht automatisch eine zusätzliche, eigene Infrastruktur errichten. Für einen eventuellen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
		<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
<p>1.13</p>	<p>E-Plus Service GmbH E-Plus-Straße 1 40472 Düsseldorf</p> <p><u>Schreiben vom 27.07.20</u></p> <p>die Überprüfung Ihres Anliegens ergab, dass keine Belange von Seiten der E-Plus Service GmbH zu erwarten sind. Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigelegt zur E-Mail ein digitales Bild. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.</p>  <p>Sollten sich noch Änderungen der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
<p>1.14</p>	<p>Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf</p> <p><u>Schreiben vom 20.07.20</u></p> <p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.</p>	<p>BV: wird zur Kenntnis genommen</p>
<p>1.15</p>	<p>Telekom BekA Trassenschutz Ziegelleite 2-4 95448 Bayreuth</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
1.16	<p>SWEG Direktion Hechingen Bahnhofstraße 21 72379 Hechingen</p> <p><u>Schreiben vom 22.06.2020</u></p> <p>da sich das geplante Baugebiet auf Gemarkung Gammertingen-Feldhausen auf der Albhochfläche befindet und ca. 3,1 km Luftlinie von unserer Bahnstrecke entfernt ist, haben wir keine Einwände gegen das Vorhaben.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
1.17	<p>BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen mbH & Co.KG Fürst-Wilhelm-Straße 15 72488 Sigmaringen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	
1.18	<p>Pfarrpfündestiftung der Erzdiözese Freiburg Erzbischöfliches Ordinariat Schoferstraße 2 79098 Freiburg</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	
1.19	<p>Ericsson Services GmbH Prinzenallee 21 40549 Düsseldorf</p> <p><u>Schreiben vom 29.06.2020</u></p> <p>bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Ericsson – Netzes gilt. Von weiteren Anfragen bitten wir abzusehen.</p>	BV: wird zur Kenntnis genommen
II.	Beteiligung der Öffentlichkeit	Frist vom 06.07.2020 – 07.08.2020
2.1	<i>Während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gingen zum o.g. Verfahren keine Stellungnahmen ein.</i>	
	<p>Reutlingen, den</p> <p>Clemens Künster Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister Freier Architekt + Stadtplaner SRL</p>	<p>Gammertingen, den</p> <p>Holger Jerg Bürgermeister</p>